Stand: 15.12.2025 10:26:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15125

"Staatliche Nachlassimmobilien - Eigentum verpflichtet I: Kommunikation verbessern"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/15125 vom 25.01.2017
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/16193 des HA vom 21.02.2017
- 3. Beschluss des Plenums 17/16391 vom 06.04.2017
- 4. Plenarprotokoll Nr. 101 vom 06.04.2017



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

25.01.2017 Drucksache 17/15125

Antrag

der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Kathi Petersen, Susann Biedefeld, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos SPD

Staatliche Nachlassimmobilien – Eigentum verpflichtet I: Kommunikation verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Kommunen darüber informiert werden, wenn eine in ihrer Stadt oder Gemeinde befindliche Nachlassimmobilie in den staatlichen Besitz wechselt, weil kein Erbe ermittelt werden konnte oder die Erbschaft ausgeschlagen wurde.

Darüber hinaus muss die Staatsregierung gewährleisten, dass die jeweiligen Kommunen vom Staatsbetrieb "Immobilien Freistaat Bayern" vorab in Kenntnis gesetzt werden, wenn der Verkauf resp. die Versteigerung einer staatlichen Nachlassimmobilie bevorsteht.

Begründung:

In den letzten zehn Jahren kam der Freistaat Bayern in den Besitz von über 5.600 Nachlassimmobilien, weil die Erbschaft ausgeschlagen wurde oder die Erben nicht ermittelt werden konnten. Die regionale Verteilung der oftmals verwaisten Häuser ist dabei ein wichtiger Indikator dafür, wie es um die gleichwertigen Lebensverhältnisse in Bayern bestellt ist. Demnach liegen 53 Prozent der in den letzten zehn Jahren an

den Freistaat gegangenen Nachlassimmobilien in Unter- und Oberfranken, obwohl beide Regierungsbezirke nur 18,3 Prozent der bayerischen Gesamtbevölkerung stellen. Dem gegenüber befinden sich lediglich 8 Prozent der verwaisten Häuser in Oberbayern, dem bevölkerungsreichsten Regierungsbezirk mit einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von immerhin 35,6 Prozent.

In vielen Fällen sind diese Immobilien in einem schlechten baulichen Zustand. Das erschwert einerseits ihren Verkauf, andererseits ziehen solche Häuser auch das Wohnumfeld in Mitleidenschaft und schmälern deren Attraktivität. Den betroffenen Kommunen sind dabei häufig die Hände gebunden.

Oftmals werden die Kommunen darüber hinaus nur unzureichend oder gar nicht über diese Häuser und etwaige angesetzte Verkaufsabsichten und insbesondere Zwangsversteigerungen informiert. Gerade bei Versteigerungen wäre dies aber wichtig, weil Städte und Gemeinden kein Vorkaufsrecht beanspruchen können. Auf diese Weise wird den Kommunen unnötigerweise die Möglichkeit genommen, ihren Handlungsspielraum zu nutzen und entsprechende Immobilien zu ersteigern, um diese im Sinne der Stadtentwicklung umnutzen oder abreißen zu können. Die Kommunikation zwischen dem hierfür zuständigen Staatsbetrieb "Immobilien Freistaat Bayern" und den jeweiligen Kommunen muss deutlich verbessert werden.

Die Staatsregierung soll den Staatsbetrieb "Immobilien Freistaat Bayern" deshalb dazu verpflichten, in Zukunft die betroffenen Kommunen immer darüber zu informieren, wenn eine Immobilie in der jeweiligen Stadt oder Gemeinde in ihren Besitz wechselt, vor allem ist aber die betroffene Kommune vorab und unverzüglich darüber in Kenntnis zu setzen, wenn die Versteigerung einer solchen Immobilie ansteht.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

21.02.2017 Drucksache 17/16193

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Kathi Petersen u.a. SPD

Drs. 17/15125

Staatliche Nachlassimmobilien - Eigentum verpflichtet I: Kommunikation verbessern

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: Klaus Adelt Mitberichterstatter: Hans Herold

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner
 143. Sitzung am 21. Februar 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Peter Winter

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

06.04.2017 Drucksache 17/16391

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Kathi Petersen, Susann Biedefeld, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos SPD

Drs. 17/15125, 17/16193

Staatliche Nachlassimmobilien – Eigentum verpflichtet I: Kommunikation verbessern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe also den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der

Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am Dienstag das unter Nummer 1 aufgeführte öffentliche Konsultationsverfahren zu einer multilateralen Form der Beilegung von Investitionsstreitigkeiten abschließend beraten und empfohlen hat, die auf Drucksache 17/16301 ausgedruckte Stellungnahme abzugeben. Ergänzend schlägt er vor, in den Beschluss den Satz "Die Stellungnahme wird unmittelbar an die Europäische Kommission übermittelt" aufzunehmen. Die Beschlussempfehlung und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen sind in der aufgelegten Liste aufgeführt.

Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Auch nicht. Dann übernimmt der Landtag die Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Europaangelegenheit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

 Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union Handel:

Öffentliche Konsultation zu einer multilateralen Reform der Beilegung von Investitionsstreitigkeiten

21.12.2016 - 15.03.2017

Drs. 17/15685, 17/16301 (G) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:

Abweichendes Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	A	A

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Arif Taşdelen u.a. SPD
 Verantwortung des Freistaates bei Erhalt und Frinnerungskonzent

Verantwortung des Freistaates bei Erhalt und Erinnerungskonzept von Zeppelintribüne und Zeppelinfeld

Drs. 17/14535, 17/16062 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bürgerschaftliches Engagement an Schulen fördern I – Landesweite Koordinierungsstelle für die Umsetzung der Lehr- und Lernmethode des Service Learning/Lernen durch Engagement an Schulen auf den Weg bringen Drs. 17/14701, 17/16083 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		Α

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bürgerschaftliches Engagement an Schulen fördern II – Qualitätsstandards des Service Learning/Lernen durch Engagement sichern Drs. 17/14702, 17/16084 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		A

 Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Kathi Petersen u.a. SPD Staatliche Nachlassimmobilien – Eigentum verpflichtet I: Kommunikation verbessern Drs. 17/15125, 17/16193 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Kathi Petersen u.a. SPD Staatliche Nachlassimmobilien – Eigentum verpflichtet II: Kommunalen Handlungsspielraum erweitern Drs. 17/15126, 17/16194 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	A

 Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Kathi Petersen u.a. SPD Staatliche Nachlassimmobilien – Eigentum verpflichtet III: Ursachen auf den Grund gehen Drs. 17/15127, 17/16196 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Verlagerung der Autobahndirektion Südbayern nach Deggendorf sinnvoll gestalten

Drs. 17/15132, 17/16190 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsnachweisen auch für Arbeitsplatzbewerber und -bewerberinnen ermöglichen Drs. 17/15133, 17/16085 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bahnausbau nach Prag Drs. 17/15198, 17/16191 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Finanzierung des Mittelstands weiter ermöglichen – Finanzmarktregulierung für kleine und regionale Banken anpassen Drs. 17/15378, 17/16197 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	A	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kein Abriss von Gundremmingen Block B unter einem beladenen Brennelemente-Becken und bei Weiterbetrieb von Block C Drs. 17/15379, 17/16186 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Bayern barrierefrei: Mehr Sicherheit für Menschen mit Behinderungen durch Markierungen von Anhaltepunkten auf den Bahnsteigen des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs
 Drs. 17/15520, 17/16192 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	a

 Antrag der Abgeordneten Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Reduzierung der Feinstaub- und Stickoxidbelastung in Bayern Drs. 17/15523, 17/16188 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

15.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Norbert Dünkel u.a. und Fraktion (CSU) Erkenntnisse aus der gemeinsamen Übung von Polizei und Bundeswehr Drs. 17/15812, 17/16151 (G)			
	Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				A
16.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD) Gemeinsame Terrorismusabwehr-Exercise (GETEX) Drs. 17/15841, 17/16149 (E)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
17.	Dringlichkeitsantrag d Thomas Gehring u.a.		arina Schulze, Ludwig IS 90/DIE GRÜNEN)	Hartmann,

FREIE WÄHLER

FREIE WÄHLER

Α

Z

GRÜ

GRÜ

Z

Z

Keine schleichende Militarisierung der Innenpolitik

SPD

SPD

Z

Α

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Drs. 17/15842, 17/16145 (A)

hinsichtlich Nr. 1 des Antrags

hinsichtlich Nr. 2 des Antrags

CSU

CSU

Α

Α

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD Ausspähungsversuche durch die türkische Regierung in Bayern Drs. 17/15643, 17/16150 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Expertenanhörung zum Sitzzuteilungsverfahren d'Hondt bei Kommunalwahlen im Freistaat Drs. 17/15943, 17/16126 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum "Zustimmung" zugrunde zu legen

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum "Zustimmung" zugrunde zu legen

 Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures u.a. SPD

Regelmäßige Information des Ausschusses über Auslandsreisen der Europaministerin

Drs. 17/15824, 17/16177

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

der den Antrag für erledigt erklärt hat.